

DGAPanalyse

Frankreich

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Mai 2011 N° 4
ISSN 1865-701X

Die UMP und der Druck von Rechts

Das rechte Lager ein Jahr vor den
Präsidentschaftswahlen in Frankreich

von Florence Haegel



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Die DGAPanalysen Frankreich erscheinen im Rahmen des Deutsch-französischen Zukunftsdialogs, eines Gemeinschaftsprojekts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, des Institut français des relations internationales und der

Robert Bosch **Stiftung**

Herausgeber und Redaktion:
Claire Demesmay und Katrin Sold

Kontakt: Claire Demesmay <demesmay@dgap.org>

Herausgeber:

Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. | Rauchstraße 17/18 | 10787 Berlin
Tel.: +49 (0)30 25 42 31-0 | Fax: +49 (0)30 25 42 31-16 | info@dgap.org | www.dgap.org | www.aussenpolitik.net
© 2011 DGAP

Zusammenfassung / Summary

Florence Haegel

Die UMP und der Druck von Rechts

Das rechte Lager ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich

- Seit ihrer Gründung vor etwa zehn Jahren durchläuft die Regierungspartei UMP einen Prozess der Professionalisierung.
- Der Grad der Institutionalisierung der Partei ist dagegen bis heute gering. Zeugnis hiervon geben der Einfluss vielfältiger Strömungen und Reflexionszirkel in der Partei sowie die häufig freie Auslegung der Parteistatuten.
- Angesichts des Erstarkens der rechtsextremen Partei Front National (FN) wählt die UMP auf nationaler Ebene die Strategie einer Abgrenzung, während zugleich zentrale Themen des FN – wie die Debatten um nationale Identität oder die Rolle des Islam – in die eigene Agenda übernommen werden.
- Die Strategie der UMP für eine Schwächung des FN durch eigene Radikalisierung und die Aneignung seiner zentralen Themen birgt die Gefahr einer schleichenden Legitimierung radikaler Positionen, ohne dass die UMP langfristig Wähler hinzugewinnt.

The UMP under Pressure from the Extreme Right

The French Parties on the Right One Year before the Presidential Elections

- Since its formation about ten years ago the governing party UMP has been subjected to a process of professionalization.
- The degree of institutionalization, however, is still low today. Evidence is given by the impact of versatile movements and different groups of political reflection within the party as well as the constantly broad interpretation of the party statutes.
- Regarding the strengthening of the right-wing extremist Front National (FN), the UMP pursues a strategy of profile differentiation on a nationwide level while central issues of the FN—like the debates over national identity or the role of the Islam—are adopted for the UMP's own agenda at the same time.
- The UMP's strategy to weaken the FN by a radicalization of the own party and the adoption of its central issues carries the inherent danger of a creeping legitimization of extreme positions without a reliable gain of voters for the UMP in the long term.

Inhalt

Wandel der Organisationsstruktur: Eine Professionalisierung ohne wirkliche Institutionalisierung	5
Der ideologische Wandel: Mechanismen und Risiken einer Radikalisierung	7
Anmerkungen.....	10

Die UMP und der Druck von Rechts

Das rechte Lager ein Jahr vor den Präsidentschaftswahlen in Frankreich

von Florence Haegel

Anfang des Jahres 2011 weist alles darauf hin, dass die Union pour un mouvement populaire (UMP) begonnen hat, den Präsidentschaftswahlkampf vorzubereiten. Neue Teams und Strukturen zur Erarbeitung des Wahlprogramms und zur Mobilisierung der Anhängerschaft wurden geschaffen, derzeit werden die Wahlkampfthemen ausgelotet. In diesem Artikel soll daher eine Bestandsaufnahme der aktuellen Entwicklung vorgenommen und eine Zwischenbilanz des organisatorischen wie ideologischen Wandels der Partei gezogen werden, den diese in den fast zehn Jahren seit ihrer Gründung Ende 2002 vollzogen hat. Um diesen Wandel zu verstehen, muss zunächst die Funktionsweise der UMP beleuchtet werden. Hier ließ sich im Laufe der letzten Jahre eine Professionalisierung beobachten. Diese Entwicklung ging jedoch nicht mit einer stärkeren Institutionalisierung einher, scheint die Partei doch aktuell weder ein festes Regelwerk verabschiedet noch die eigene Autonomie gegenüber dem Umfeld gestärkt zu haben. Im Hinblick auf die inhaltliche Ausrichtung der Partei rückt der Radikalisierungsprozess ins Zentrum des Interesses, den die Partei angesichts der Konkurrenz des Front National (FN) durchläuft. Um diesen zu verstehen, werden wir unser Augenmerk sowohl auf die Mechanismen der Radikalisierung als auch auf die Risiken richten, die eine solche Entwicklung birgt.

Wandel der Organisationsstruktur: Eine Professionalisierung ohne wirkliche Institutionalisierung

Obwohl als offizielles Gründungsdatum der Kongress vom 17. November 2002 angegeben wird, hat sich die UMP als Bewegung bereits in der Zeit zwischen der Präsidentschaftswahl und den Parlamentswahlen im Frühjahr 2002 formiert. Ihr Ziel war die Vereinigung der französischen Rechten, die aufgrund einer Vielzahl von Spaltungen seit den achtziger Jahren geschwächt war. Zwar handelte es sich um eine Parteineugründung, wurden doch im

Rahmen des Kongresses ein neuer Name und ein neues Logo sowie neue Statuten verabschiedet, dennoch entstand hier keine völlig neue Partei. Vielmehr vollzog sich eine stark asymmetrische Fusion, wobei die Mitglieder der ehemaligen Regierungspartei RPR (Rassemblement pour la République), die 1976 von Jacques Chirac gegründet worden war, in der Parteiführung sowie bei weiteren Personalentscheidungen (Leitungsfunktionen, Abgeordnete) und in der Anhängerschaft bestimmend blieben. Im Vergleich mit den großen Parteien der europäischen Rechten – insbesondere der deutschen CDU und dem spanischen Partido Popular, zwei Parteien, die anlässlich der Gründung der UMP oft als Vorbilder genannt wurden – erschien die französische Rechte bereits zu Zeiten des RPR nur durch einen geringen Grad an Professionalisierung und Institutionalisierung und eine sehr lockere Bindung an die eigenen Statuten gekennzeichnet.

Die Professionalisierung fand im Geiste von Managementmethoden statt, denn nach Ansicht zahlreicher Mitglieder der UMP-Parteispitze sollte sich die Funktionsweise einer politischen Partei am Beispiel eines Unternehmens orientieren. In diesem Sinne wurde der Kern der Partei neu organisiert: Es wurden sogenannte »Querschnittseinheiten« geschaffen, mit jeweils einem Mitarbeiter mit Fachkenntnis des jeweiligen Bereichs an der Spitze. So leitet beispielsweise eine Absolventin einer Pariser Elitehochschule für Wirtschaft den Verwaltungs- und Finanzbereich der Partei und eine ehemalige Mitarbeiterin von Frankreichs größter Werbeagentur ist verantwortlich für den Kommunikationsbereich. In die gleiche Richtung wies die zunehmende Verbreitung von Managementdiskursen und -praktiken in der Parteiorganisation, auch auf lokaler Ebene, und mit ihr die Entwicklung eines Wettbewerbs unter den verschiedenen Regionalverbänden in der Nutzung interner Kommunikationsmittel und in Bezug auf das Vergütungssystem. Einige Arbeitsfelder, hauptsächlich die Bereiche Kommunikation, Eventmanagement und Internet-Strategie,

wurden an externe, auf diese Tätigkeit spezialisierte Agenturen ausgelagert. Welche Bedeutung dem Aufgabenbereich der Kommunikation zugemessen wird, lässt sich auch an den entsprechenden Ausgaben ablesen. Im Jahr 2009 gab die UMP beispielsweise 8 854 498 Euro für Kommunikation und Parteiwerbung aus,¹ das entspricht zwanzig Prozent der Gesamtausgaben, während der Parti socialiste nur Ausgaben in Höhe von 3 396 523 Euro für diesen Haushaltsposten verzeichnete, was sechs Prozent der Gesamtausgaben der Partei entspricht.

Eine zunehmende Professionalisierung der UMP findet also statt, doch geht diese nicht mit einer starken Institutionalisierung einher. Mit diesem Begriff wird in der Regel eine Kodifizierung und Formalisierung der Funktionsregeln einer Organisation und deren wachsende Autonomie gegenüber ihrem Umfeld bezeichnet. In diesen beiden Punkten zeigt sich die UMP des Jahres 2011 alles andere als gestärkt. Im Vergleich mit den anderen großen Parteien der europäischen Rechten erscheint sie als eine Organisation mit besonders dehnbaren Regeln, sich häufig wandelnden Statuten und einer geringen Zahl an Parteiausschlüssen von Mitgliedern – insbesondere Abgeordneten –, welche die Richtlinien missachteten. Zwei Beispiele stärken diesen Eindruck:

Erstens wurden die Regelungen, denen zufolge die Organisationsstruktur der Partei deren verschiedene Strömungen widerspiegeln sollte, niemals angewandt, obwohl die Statuten von 2002 eine entsprechende Änderung vorsahen. Wie jede politische Partei besteht die UMP aus unterschiedlichen Gruppierungen. Einige vertreten gemeinsame ideologische Elemente: Die »Liberalen« sind in der Partei sehr präsent, während die gegenüber der europäischen Integration zurückhaltenden »Souveränisten« an Einfluss verloren haben und die »Zentristen« bis jetzt weniger gut organisiert zu sein scheinen. Andere führt ihre Unterstützung für eine bestimmte Persönlichkeit zusammen. So bildeten die »Villepinisten« eine kleine Unterstützerguppe des ehemaligen Premierministers Dominique de Villepin, die sich heute zunehmend der Führungsriege der UMP annähert. Diese Untergruppierungen sind zwar allesamt sichtbar, ihre offizielle – und nach wie vor schriftlich verankerte – Anerkennung wurde jedoch immer wieder hin-

ausgeschoben und schließlich ganz fallen gelassen, was als Beweis für einen äußerst unverbindlichen Umgang mit den Statuten gewertet werden kann.

Parallel zu dieser Weigerung, die Strömungen im Inneren der Partei zu institutionalisieren, entstanden an ihren Rändern unzählige Zirkel und Think-Tanks, darunter Reflexionsgruppen um einzelne Persönlichkeiten der Partei² sowie Parlamentariergruppen, die sich durch die ideologische Nähe ihrer Mitglieder auszeichnen. In einer parlamentarischen Fraktion, die innerhalb der Nationalversammlung eine klare Mehrheit bildet (von insgesamt 577 Abgeordneten stellt die UMP heute 314, davon sieben im Rahmen eines Wahlbündnisses), haben sich Gruppen mit gemeinsamem Anliegen gebildet, um Druck auf die parlamentarische Arbeit sowie die Parteiorganisation und die öffentliche Debatte auszuüben. So sammeln sich beispielsweise in der Gruppe der »Reformierer« seit dem Jahr 2002 Abgeordnete, die sich dem ökonomischen Liberalismus verpflichtet sehen – eine Gruppe, die ihr Gewicht während des Präsidentschaftswahlkampfes Nicolas Sarkozys im Jahr 2007 massiv geltend machte und sich auch 2012 erneut zu Wort melden wird. Auch zwei weitere Gruppen von Abgeordneten werden voraussichtlich im kommenden Wahlkampf eine Rolle spielen: Die Droite Populaire wurde nach der Niederlage bei den Regionalwahlen im März 2010 gegründet, während sich in der Droite Rurale Abgeordnete aus Wahlkreisen ländlicher Gegenden zusammengeschlossen haben, um sich für die Interessen, aber auch die Werte des ländlichen Raums einzusetzen.³ Der Sieg im Präsidentschaftswahlkampf 2012 wurde zu Beginn dieses Jahres dementsprechend vom neuen Generalsekretär der UMP als ein Projekt präsentiert, das auf drei Säulen ruhen müsse: den Parteiländern, den Abgeordneten und den Reflexionszirkeln, wobei die dritte Säule im Januar 2011 mit der Gründung eines Rates der Parteizirkel und Reflexionsgruppen, der alle 33 Diskussionsforen der UMP umfasst, konsolidiert wurde. Der ideologische Pluralismus wird somit nach außen, an die Parteiränder verlagert, und die Partei selbst zu einem Ort erklärt, an dem kein Raum für interne Debatten bleibt.

Ein weiteres, noch deutlicheres Indiz für die schwache Institutionalisierung der UMP ist die

Tatsache, dass unmittelbar nach der Wahl Nicolas Sarkozys zum Präsidenten der Posten des Parteichefs mit der Begründung gestrichen wurde, »Nicolas Sarkozy bleibe der gefühlte Parteichef [der UMP]«.⁴ Seither wurden Vorschriften verabschiedet, »die abweichend von den Statuten zur Anwendung gelangen, wenn der amtierende UMP-Vorsitzende Präsident der Republik wird«. Im Gegensatz zu den meisten großen Parteien in Europa wird die UMP infolgedessen nicht von einem von den Mitgliedern gewählten Parteichef geführt, sondern von einer Leitungsgruppe (bestehend aus einem Generalsekretär und zwei stellvertretenden Generalsekretären), die vom Parteivorstand gewählt wird und von ihm auch abgesetzt werden kann. Diese Ad-hoc-Änderung von Regeln, die fünf Jahre zuvor mit großem Aufheben verabschiedet worden waren, und die offenkundige Instrumentalisierung der Parteistrukturen durch den Präsidenten zeugen ganz klar von der Tatsache, dass die UMP keine starke und autonome Institution ist. Zudem bestätigen diese Änderungen, dass sich das Gravitationszentrum der Partei, solange Nicolas Sarkozy die Präsidentschaft der Republik innehat, zweifellos im Elysée-Palast befindet.

Dies geht einher mit einer starken Rotation der UMP-Generalsekretäre. Nacheinander haben Patrick Devedjian (2007–2008), Xavier Bertrand (2008–2010) und seit November 2010 Jean-François Copé diese Funktion besetzt. Obwohl sie formal durch den Parteivorstand gewählt sind, wurden sie faktisch von Nicolas Sarkozy ernannt. Die neue Leitungsgruppe der UMP, die im Februar 2011 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, ist überbesetzt, und es wird schnell klar, dass bei der Verteilung der Posten auf die Empfindsamkeiten aller Strömungen Rücksicht genommen worden war (einschließlich der »Villepinisten«, obwohl sich deren Führungsfigur öffentlich gegen Nicolas Sarkozy stellt). Doch hinter dieser Fassade der Vielfalt und Öffnung trifft eine kleine Gruppe die eigentlichen Entscheidungen, deren Mitglieder dem Kreis der Vertrauten des Präsidenten zuzurechnen sind. An ihrer Spitze steht ein in der Öffentlichkeit Unbekannter, Eric Cesari, ehemaliger Kabinettschef Nicolas Sarkozys im Conseil général von Hauts-de-Seine, einem der reichsten Departements Frankreichs und Hochburg der Sarkozy-Familie, wo der

Sohn jüngst die Nachfolge des Vaters angetreten hat.

Der ideologische Wandel: Mechanismen und Risiken einer Radikalisierung

Die von Nicolas Sarkozy anlässlich des Präsidentschaftswahlkampfes 2007 geforderte Strategie bestand darin, die gemäßigte Rechte zu radikalisieren, um die so genannte radikale Rechte zu schwächen. Der Strategie liegt zugrunde, dass die Wähler der politischen Rechten angesichts ihrer Haltung zur Immigration, aber auch zum Themenkomplex Sicherheit und Ordnung einer solchen Entwicklung durchaus positiv gegenüberstehen und dass die UMP die Wähler zurückgewinnen musste, die sie an die Partei Front National (FN) verloren hatte. Die Strategie ging auf, und ein bedeutender Anteil der ehemaligen FN-Wähler stimmte für Nicolas Sarkozy: Ungefähr einer von zwei Wählern, die im ersten Durchgang der Präsidentschaftswahl 2002 für den Kandidaten des FN, Jean-Marie Le Pen, gestimmt hatten, entschied sich 2007 direkt für Nicolas Sarkozy.⁵ Nach 2007 wurde diese strategische Linie durch andere taktische Überlegungen aufgeweicht, darunter vor allem jenes Prinzip, das im politischen Leben Frankreichs als »Öffnung« bezeichnet wird und darin besteht, hoch angesehene Personen der Linken in die Regierung zu integrieren (zum Beispiel Bernard Kouchner, Außenminister in der Regierung Fillon von 2007 bis 2010). Das Näherrücken der nächsten Präsidentschaftswahl bedingte jüngst eine neue Radikalisierung und somit die teilweise Abkehr von der Politik der Öffnung.

Diese jüngste Entwicklung war zunächst daran erkennbar, dass zwischen November 2009 und Januar 2010 eine Debatte über nationale Identität losgetreten wurde, die im Rahmen öffentlicher, von staatlichen Stellen initiiertem Versammlungen geführt wurde und, als sie zu entgleisen drohte, schließlich mit dem Einsetzen eines Weisenrates beendet wurde. Sie verschärfte sich nach der Niederlage bei den Regionalwahlen im März 2010, bei denen die Rechte eines ihrer schlechtesten Ergebnisse während der Fünften Republik erzielte

(27 Prozent der Stimmen und damit drei Punkte weniger als die PS). Während des Sommers 2010 zeigte sich die Radikalisierung an der Debatte über das Tragen der Burka an öffentlichen Orten, ein Thema, das Jean-François Copé, damals Fraktionschef der UMP in der Nationalversammlung, initiiert hatte, und schließlich an der Intervention des Präsidenten in der Folge gewaltsamer Ausschreitungen im August in Grenoble. Die Unruhen, die lediglich Gegenstand einer Kurzmeldung gewesen wären, nutzte der Präsident als Anlass für eine Rede, in der er explizit eine Verbindung zwischen dem Problem mangelnder Sicherheit und dem Thema Immigration herstellte.⁶ Zugleich kündigte er repressive Maßnahmen und Kontrollen von Familien (Streichung von Leistungen für straffällig gewordene Minderjährige und Schulverweigerer) und Immigranten (Änderung der Regelungen zur Aberkennung der französischen Staatsbürgerschaft) an. Die Entscheidungen zum Abriss der »Roma«-Lager in Frankreich rechtfertigte er in der gleichen Rede damit, dass zwei der Bewohner des Lagers in die gewaltsamen Ausschreitungen in Grenoble verwickelt gewesen seien.

Auch im Jahr 2011 fand die Radikalisierung ihre Fortsetzung mit dem Vorhaben, im April 2011 eine »Debatte über die Ausübung der Religionen in Frankreich – insbesondere des Islam – und ihrer Kompatibilität mit den laizistischen Gesetzen der Republik« in Gang zu bringen, eine Initiative, die sogar innerhalb der UMP auf Widerstand stieß – allen voran bei Alain Juppé, der nach mehreren Jahren im Hintergrund wieder ins Zentrum des Geschehens gerückt war.

Auf welche Mechanismen stützt sich diese neue Radikalisierung? Sie geht über eine reine Kommunikationsstrategie, losgelöst von der innerparteilichen Dynamik, weit hinaus. Hilfreich ist, sich noch einmal die oben bereits kurz angesprochene Gründung der Gruppe Droite Populaire im Sommer 2010 ins Gedächtnis zu rufen. Am 14. Juli 2010, dem symbolträchtigen Datum des Nationalfeiertags, wurde eine »Charta des Kollektivs der Droite Populaire« veröffentlicht, mit dem Ziel, »zum Aktionsprogramm für die Präsidentschaftsmehrheit beizutragen«. Den Tabus des »politisch Korrekten« setzt dieses Kollektiv vor allem sein

Beharren auf den Patriotismus und seine Zustimmung zum ökonomischen Liberalismus entgegen. Bei genauem Hinsehen weisen die 35 unterzeichnenden Abgeordneten alle ein spezifisches Profil auf. Zunächst stammen sie mehrheitlich aus Regionen, in denen der Front National seine besten Wahlergebnisse erzielt, und zwar aus dem Süden Frankreichs und aus den großen städtischen Ballungsräumen (vor allem den Regionen um Paris und Lyon). Zwar ist auch der Norden in der Gruppe vertreten, doch nicht in dem Maße, wie es dem Erfolg des FN in dieser Region entsprechen würde.

Auf inhaltlicher Ebene lassen die Änderungsanträge und Gesetzesvorlagen, welche die Abgeordneten dieser Gruppe in das Parlament eingebracht haben, sowie ihre öffentlichen Stellungnahmen eine ideologische Prägung erkennen, in der die Befürwortung von Restriktionen gegen Einwanderern (z. B. in sozialer Hinsicht), Themen aus dem Bereich Sicherheit und Ordnung (Wiedereinführung der Todesstrafe für bestimmte Straftaten), Widerstand gegen einen Wertewandel (z. B. Homosexuellenrechte) sowie die Bekräftigung nationaler Symbolik (Respekt für die Nationalflagge) und religiöser Identität (Bestrafung von Blasphemie) zentrale Bedeutung haben. Die meisten von ihnen sind stark von den Auswirkungen des Algerien-Kriegs geprägt – sei es, weil sie aus einer »repatriierten« Familie der ehemaligen französischen Kolonie Algerien stammen, sei es, weil sie in Algerien gekämpft haben oder ihr politisches Engagement in der Ablehnung der Dekolonisierung begründet ist. Einige haben ihre politische Laufbahn als Jugendliche sogar mit einem Engagement für die extreme Rechte begonnen. Das Bemerkenswerte ist, dass diese Gruppe keineswegs eine marginalisierte Position innerhalb der Partei innehat. Denn als Jean-François Copé den Vorsitz der UMP übernahm, fand eine Umbesetzung der Leitungsgruppe statt: Von den 35 Abgeordneten der Droite Populaire haben 23 einen Posten in der neuen Führungsriege erhalten. Zwar sind diese Funktionen eher von symbolischer Bedeutung als tatsächlich mit Exekutivgewalt ausgestattet, aber die Aufwertung dieser radikalsten Gruppe innerhalb der UMP zeugt durchaus von der ideologischen Richtung, welche die Partei eingeschlagen hat.

Welchen Nutzen kann diese offensichtliche Radikalisierung der UMP bringen? Und welche Risiken birgt sie? Aktuelle Umfragen weisen darauf hin, dass die Anziehungskraft des Front National auf die Sympathisanten der Rechten ungebrochen ist,⁷ denn auf der »Beliebtheitskala« hat Marine Le Pen bei den Sympathisanten der Rechten zwischen Januar und Februar 2011 14 Punkte hinzugewonnen – obwohl die UMP Themen des Front National auf ihr Agenda übernommen hat. Es lässt sich im Moment noch nicht sagen, ob diese Entwicklung bis zur Präsidentschaftswahl 2012 gestoppt oder sogar umgekehrt werden kann. Auch muss die Entwicklung in Frankreich vor dem Hintergrund der Debatten gesehen werden, die in ganz Europa über den Umgang des rechten Parteispektrums mit den Bewegungen der extremen Rechten geführt werden. Die wenigen Analysen zum Thema unterscheiden verschiedene Reaktionsmuster: die Isolierung der extremen Rechten und eine deutliche Abgrenzung oder umgekehrt die Entscheidung zur Zusammenarbeit in Form eines Wahl- oder sogar Regierungsbündnisses. Im Hinblick auf die Themen beziehen die rechten Parteien entweder Position zu den Forderungen der extremen Rechten (Kooptationsstrategie) oder entschieden sich dafür, sie zu ignorieren (Indifferenzstrategie). Die französische Rechte hat angesichts der Entstehung und der dauerhaften Etablierung des Front National im französischen Parteiensystem seit Mitte der achtziger Jahre unterschiedliche Strategien verknüpft: Auf nationaler Ebene wählte sie eine Isolationsstrategie, während auf lokaler Ebene in Einzelfällen eine Kooperation eingegangen wurde. Zugleich wechselten sich auf ideologischer Ebene Momente der Annäherung und Distanz ab, was jeweils an dem Platz festzumachen war, den die Anliegen der extremen Rechten im Parteiprogramm einnahmen.

Somit wäre es zu schematisch, eine gegenüber den Thesen des Front National völlig unzugängliche Rechte Chiracscher Prägung einer Rechten unter Präsident Sarkozy gegenüberzustellen, die für die Positionen des FN offen ist. Dabei scheint vergessen, dass der RPR unter der Führung von Jacques Chirac anlässlich der Parlamentswahlen im Jahr 1993 seinen Nationalismus demonstriert und einige Themen Le Pens direkt übernommen hat. In ihrem

Programm gab sich die Partei nicht nur als Vorkämpfer des »französischen Sonderwegs« (»exception nationale«), sondern betonte in Bezug auf die Immigration, dass die »Toleranzschwelle seit langem überschritten« sei, predigte die »Ausweisung ohne Pardon« von illegalen Einwanderern, stigmatisierte die »Polygamie« und kündigte an, man müsse »einige Aspekte unseres sozialen Solidarsystems neu überdenken« und das Staatsbürgerschaftsrecht reformieren. Dennoch muss festgehalten werden, dass Nicolas Sarkozy im Unterschied zu Jacques Chirac explizit die Bereitschaft gefordert hat, die französische Rechte zu einer Radikalisierung zu zwingen, indem systematisch die Fragen der nationalen Identität und der Sicherheit auf die politische Agenda gesetzt wurden. Und im Gegensatz zu Chirac wählte Sarkozy für diese Strategie nicht den Kontext einer Parlamentswahl, sondern den Wahlkampf für die Präsidentschaftswahl.

Unter diesem Gesichtspunkt entspricht die Radikalisierung der Rechten unter Nicolas Sarkozy einer Strategie der Kooptation der inhaltlichen Positionen des Front National ohne politische Kollaboration (keine Wahl- oder gar Regierungsbündnisse) bzw. sogar unter Ächtung der Partei FN. Zwar wurde eingewandt, dass die Ächtung extremer Parteien tendenziell die Gefahr einer weiteren Radikalisierung berge, während die Einbindung eher zu einer Banalisierung und damit Schwächung führe. Andere Analysen kommen jedoch zu dem Schluss, dass eine Übernahme radikaler Positionen durch die gemäßigte Rechte diesen Legitimität verleiht und die Anhängerschaft der extremen Parteien eher gestärkt wird. Somit ist es legitim, die Frage nach den ungewollten Effekten der Strategie der UMP zu stellen. Ihre Haltung könnte dazu beitragen, den Themen des Front National Legitimität zu verleihen, ohne dass es der UMP gelingt, sich der Konkurrenz durch den FN zu entledigen.

Am Tag nach dem ersten Wahldurchgang der Kantonalwahlen vom 20. März 2011, die den Aufstieg des Front National bestätigten, obwohl die Partei in lokalen Wahlen traditionell nicht sehr erfolgreich war, bekräftigte Jean-François Copé seine Ablehnung eines Bündnisses mit der extremen Rechten, lehnte es zugleich aber auch ab, seinen Wählern eine Wahlempfehlung zu geben, um einen Auf-

stieg Marine Le Pens zu verhindern.⁸ Dass sich im November 2010 Hervé Morin, Vorsitzender des Nouveau Centre, einer Bewegung, in der sich die ehemaligen Anhänger von François Bayrou sammeln, die sich Nicolas Sarkozy angeschlossen haben, sowie Jean-Louis Borloo, der Vorsitzende des Parti radical, einer Gruppierung, die mit der UMP verbündet ist, aus der Regierung zurückgezogen haben, deutet aus der Innenperspektive auf den Wunsch der »Zentristen« hin, ihre Autonomie zurückzugewinnen. Seither haben sie sich Gehör verschafft, beispielsweise indem sie sich im März 2011 im Parlament gegen verschiedene Maßnahmen stellten, darunter eine Verschärfung der Regelungen zur Aberkennung der französischen

Staatsbürgerschaft für Personen, die diese erst kürzlich erworben haben. Die UMP befindet sich somit in einer gefährlichen Situation, die durch ein starkes Spannungsverhältnis gekennzeichnet ist: auf der einen Seite die Strategie der Kooptation der Themen des Front National, was die Gefahr einer Banalisierung der radikalen Thesen birgt, und andererseits der Bewältigung der inneren Spaltungen, während die Opposition der »Zentristen« immer deutlicher sichtbar wird.

Florence Haegel ist Forschungsdirektorin am Centre d'études européennes (CEE) des Institut d'études politiques (IEP) in Paris;
Übersetzung: Daniela Böhmler.

Anmerkungen

- 1 Commission nationale des comptes de campagne et des financements politiques, Publication générale des comptes des partis et groupements politiques au titre de l'exercice 2009, in: Journal Officiel. Lois et Décrets, 29.12.2010.
- 2 So hat beispielsweise Michèle Alliot-Marie, die ehemalige Außenministerin und frühere Vorsitzende des RPR ihren eigenen Diskussionszirkel le Chêne. Auch Jean-François Copé, derzeitiger Generalsekretär und früherer Fraktionschef in der Nationalversammlung organisiert seinen eigenen Zirkel Génération-France.
- 3 In diesem Kontext erklärte Christian Jacob, Fraktionsvorsitzender der UMP in der Nationalversammlung, in Bezug auf den PS-Politiker Dominique Strauss Kahn: »Dies ist nicht das Bild Frankreichs, das Bild des ländlichen Frankreichs, das Bild des Frankreichs der Ländereien und Regionen, das wir so lieben und dem ich so verbunden bin.« (Radio J, 13. Februar 2011).
- 4 Erklärung von Jean-Claude Gaudin, 25.6.2007.
- 5 Vgl. Nonna Mayer: Comment Nicolas Sarkozy a rétréci l'électorat Le Pen, in: Revue Française de Science Politique, Juni–August 2007, S. 429–445.
- 6 Rede von Staatspräsident Sarkozy, 30. Juni 2010: »Und schließlich gilt es anzuerkennen – und ich bin es mir schuldig, dies zur Sprache zu bringen – dass wir die Folgen von 50 Jahren ungenügend regulierter Immigration erleben, die zu einem Scheitern der Integration geführt hat.« (<<http://www.elysee.fr/president/les-actualites/discours/2010/prise-de-fonction-du-nouveau-prefet.9399.html>>).
- 7 Vgl. baromètre politique, Februar 2011, BVA-Orange-L'Express – France Inter; Telefonumfrage bei einer Stichprobe von 982 Personen, durchgeführt am 19. Februar 2011.
- 8 Man bedenke, dass Jean-Louis Borloo, Vorsitzender des Parti radical, ihn dazu aufgerufen hat, dem Front National im Falle eines Duells zwischen PS und FN den Riegel vorzuschieben, Erklärung gegenüber Public-Sénat, 21.3.2011.